

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Geegründet 1828

Samstags Nr. 29.

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Der Verlag hat sich vorbehalten, die Druckkosten zu übernehmen, falls die Abnehmer die Druckkosten nicht bezahlen können. — Die Druckkosten sind in der Regel von den Abnehmern zu bezahlen.

Telegramm-Adresse: Gefellschafter Nagold.
Postfachkonto: Stuttgart 6115.

Nr. 139

Montag, den 18. Juni 1923

97. Jahrgang

Der Dollar 108 000!

Der Dollarkurs, das Spiegelbild des Wertverfalls der Welt, hat die Hunderttausend-Grenze überschritten... Und das in dem Augenblick, wo sich die Schicksalsfrage des deutschen Volks endgültig entscheiden soll. Die Ausblicke, die sich damit in die Zukunft der deutschen Wirtschaft eröffnen, sind höchst unerfreulich. Geldknappheit, Teuerung, Spekulationsfieber sind die Begleiter der Währungsnot, die bei diesem Wertschwund erneut fast mit Naturgewalt auftreten. Die eigentliche vernichtende Marktentwertung setzte mit den Entschädigungszahlungen ein im Sommer 1921. Ein oberflächliches Urteil verleiht leicht dazu, in der „Inflation“ (Aufblähung) der Papiergeldflut die Wurzel alles Übels zu sehen und zu sagen, daß bereits die Stilllegung der Rentenrente genüge, um der Welt wenigstens wieder einen festen Stand zu geben. Das ist ganz verfehlt. Die Inflation ist lediglich die unvermeidliche Folge unseres allgemeinen wirtschaftlichen Kräfteverfalls. Was deutsche Arbeit heute erzeugt und erntet, reicht bei weitem nicht aus, um auch nur den Mindestbedarf für eine kümmerliche Lebenshaltung des deutschen Volks in seiner Gesamtheit zu decken. Wenn wir heute den Notendruck einstellen, hätten wir in einer halben Woche einen solchen Mangel an Zahlungsmitteln, daß in einer halben Woche die Zahlung von Gehältern und Löhnen ins Stocken läme und die Privatwirtschaft aller Mittel entblüht wäre.

Gewiß wirkt die Inflation äußerst schädigend auf den Wert der Welt. Und es ist berechtigt, wenn man von der Reichsbank eine vorsichtige Kreditpolitik verlangt, sowohl den Anforderungen der öffentlichen Körperschaften als auch der privaten gegenüber. Wirkliche Abhilfe aber kann nur dadurch kommen, daß man die Ursachen der Inflation selbst beseitigt, nämlich das volkswirtschaftliche Gleichgewicht wieder herstellt, das die verhängnisvolle, jedoch heute unvermeidliche künstliche Schaffung von Kaufkraft endbeheben kann.

Eine Hauptursache des Wertverfalls hat ihren Ursprung darin, daß wir, in weit größerem Maße als früher, bedeutend mehr Sachwerte aus dem Ausland einführen als ausführen, wozu uns unsere Wirtschaftslage, namentlich seit der Abseparierung des Ruhrgebietes zwang. Daneben hat die Ungewißheit der politischen Entwicklung dem Stand unserer Währung erheblich geschadet. Und eine Auswirkung davon ist vor allem die Verarmung der Privatwirtschaft, wie auch der öffentlichen Unternehmungen. Mit jedem Verkauf vor Steuern oder Leistungen werden wir ärmer, da der Erlös schon ausreicht, um die Herstellungskosten eines neuen gleichwertigen Erzeugnisses zu decken. Die schlimmste Folge ist aber schließlich die neue heftige Erschütterung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung. Alles was im Strom der Zeit schwimmt, will los von der Papierwelt, will nichts mehr wissen von schwerer, harter Arbeit, lüde leistungsworbeneren Spekulationsgewinn. Diesen Zuständen vermag kaum eine staatliche oder private Maßnahme Einhalt zu tun. Man kann nur immer wieder daran erinnern, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, daß die Rückschläge um so leichter möglich sind, je höher der Preisniveau die Kurse hinaufwirft, und daß doch einmal eine Verständigung in der Entschädigungsfrage und damit die Rückkehr zu festen Zuständen kommen muß.

Dreißig Milliarden?

Im Jahr 1918, also nach unserem Zusammenbruch, richteten die Verbündeten eine Kriegsentchädigung von nicht weniger als 1000 Milliarden Goldmark heraus. Man sollte von Deutschlands unerschöpflichem Reichtum. Obwohl die Volkswirtschaftler unser ganzes Vorkriegsvermögen auf 370 Milliarden geschätzt hatten, wollte man uns eine „Kontribution“ — denn das ist der eigentliche Sinn der bruchstückhaften „Wiedergutmachung“ — auferlegen, die nahezu das Dreifache unseres gesamten Volkvermögens betrug.

Dann kam die Friedenskonferenz. Wilson wollte eine feste Jahressumme genannt wissen. Die Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs, Lloyd George und Clemenceau, schlugen Jahreszahlungen von 8—10 Milliarden vor. Deutschland bot damals 100 Milliarden an. Man lockte darüber. Und als der Engländer Keynes, Mitglied der englischen Kommission an der Ausarbeitung des Vertrags vor Verfallens gar nur 50 Milliarden in Vorschlag brachte, wurde er für verrückt gehalten.

Eine feste Summe wurde jedoch nicht ausgemacht. Die Schadenersatzforderungen aus Polen, Rumänien und anderen Kriegsgewinnern waren noch nicht beigegeben. Und es wurde im Friedensvertrag (Art. 233) bestimmt, daß die Entschädigungskommission über die Höhe der Schäden spätestens am 1. Mai 1921 erkennen und der deutschen Regierung der Gesamtbetrag ihrer „Verpflichtungen“ mitteilen soll.

Nun war ein förmliches Beitreten unter den Verbündeten. Jeder wollte möglichst viel heraus schlagen. Ganz be-

sonders begehrtlich zeigten sich dabei die Herren auf dem Balkan.

Aber auch Frankreich nannte traumhafte Summen. So berechnete am 5. September 1919 der französische Finanzminister Klotz die Entschädigung auf 375 Milliarden, die Jahreszahlungen auf etwa 25 Milliarden. Der Kostenanschlag der französischen Regierung vom Juli 1920 sprach von 210 derjenigen vom Oktober desselben Jahres von 218 Milliarden. Der Rat 1921 kam immer näher heran. Deutschland bot 34 Milliarden an. Dittler wurden uns im Londoner Ultimatum bekanntlich 132 Milliarden und wir — nahmen das entsetzliche Diktat an.

Wir gaben uns alle erdenkliche Mühe in der „Erfüllung“ dieser wahnhaften Forderung, bis wir schon bei der ersten Jahreszahlung zusammenbrachen und im Dezember vorigen Jahres gestützt auf eine Menge von Gutachten verbündeter und neutraler Sachverständiger (Mittl, Stoliens ehemaliger Ministerpräsident, meinte z. B. 15 Milliarden wären mehr als genug), ja der Entschädigungskommission selbst erklärten, daß Deutschland überhaupt nicht mehr zahlen könne, vielmehr einer längeren Schonzeit und außerdem einer beträchtlichen Anleihe und Stütze von außen bedürfe.

Bonar Law, der damalige Premierminister Englands, trug dieser Sachlage Rechnung und schlug einen Gesamtbetrag von 50 Milliarden vor; außerdem verlangte er einen vierjährigen Zahlungsausschub für Deutschland, damit es sich richtig erholen konnte. Wir selbst erboten uns, 30 Milliarden zu zahlen. Hoff alles nichts. Frankreich hörte uns überhaupt nicht an. Selbst Bonar Laws Vorschlag wurde als unmöglich beiseite gelegt.

Das war am 4. Januar dieses Jahres — und am 11. Januar ging mit der Ruhrbesetzung los. Daß diese militärische Vergewaltigung die Leistungsfähigkeit Deutschlands, dessen wirtschaftliche Schlagader eben die Ruhr bildet, ganz gewaltig mindern mußte, liegt auf der Hand. Trotzdem sind deutscherseits am 2. Mai wiederum 30 Milliarden angeboten worden. Dabei bedachte man, daß wir, wie amtlich festgestellt wurde, und wie Reichszentraler Dr. Cuno erst am 9. Juni in Brüssel mit allem Nachdruck bestätigt hat, bis 30. Sept. 1922 nicht weniger als 56,5 Milliarden Goldmark in bar und Sachgütern geleistet haben, ganz abgesehen von dem Wert von Elsass-Lothringen, der deutschen Kolonien, des militärischen Rücklasses in sämtlichen Räumungsgebieten. Wenn man das alles erwidert, so versteht man, warum wir Deutsche wirtschaftlich naturnotwendig zugrunde gehen müssen.

Dies und nichts anderes bezweckt Frankreich. Es ist ihm nicht um die Milliarden zu tun, es will nur und allein unsere wirtschaftliche Vernichtung. B. A. T. ein alter Freund Wilsons, der während der Verhandlungen in Versailles ein offenes Kapitel für Kapitel nach, daß die Franzosen vom ersten Offizier im Stab Wilsons diente, weist in seinen Erinnerungen Tag der Konferenz an gar nicht erwarteten oder gewünschten daß Deutschland die von ihnen zugesprochenen Summen bezahle. Es lag ihnen weniger an der bestimmten Höhe der Kriegsentchädigung (ursprünglich 100 Milliarden), als vielmehr daran, daß die Summe immerzu die Leistungsfähigkeit Deutschlands weit übersteige. Darum logte vor weniger Wochen Poincaré in der französischen Kammer: „Dasjenige, woran England am meisten interessiert ist, ist das einzige, das Frankreich verhindern muß — nämlich die wirtschaftliche Erholung Deutschlands.“ W. H.

Gottesfriede?

Curzons Fragebogen

Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten! Das neue Wort für das, was jetzt im Ruhrgebiet geschieht, ist nicht mehr „Waffenstillstand“, sondern „Gottesfriede“. Der Pariser „Temps“ schrieb in einem Leitartikel: „Wenn der deutsche Gottesfriedens-Plan den französischen Plänen angepaßt wäre, wäre eine Entspannung möglich.“

An diesen Ruf, der vom Pariser Auswärtigen Amt ausdrücklich als mit der französischen Auffassung übereinstimmend bezeichnet wurde, war schon das eine faßlich, daß der Gottesfriedens-Plan deutscherseits herantun sei. Es ist viel mehr französisches Eigenes. Was damit gemeint sei, sagte derselbe „Temps“ in seinem Artikel wörtlich: „Er dem Lage, an dem die Reichsregierung und die preussische Regierung alles, was von ihnen abhängig ist, getan haben um dem Widerstand ein Ende zu machen und die ihrer Verwaltung unterstehenden Behörden zu aufrichtigen Zusammenwirken mit den Verbündeten (1) zu bestimmen an dem Tag, an dem auf diese Weise das normale Funktionieren der Leistungen der Abgabeneingänge, des Verkehrs usw. erzielt wird, wäre man zu der Lage zurückgeführt welche die Regierungen Frankreichs und Belgiens am 11. Januar im Auge gehabt haben. Die Rolle des Volks beklüme dann in der Ruhrbesetzung der Verbündeten (1) wieder das Hebergewicht.“

Das sieht beinahe so aus, als hätte Frankreich bisher mit seiner Forderung auf Beizucht des passiven Widerstands kein

Wässerchen getrübt, als hätte Poincaré nicht in allen internationalen Gassen ausrufen lassen: Deutschland muß kapitulieren. Ganz abgesehen von der Fianzelei in der Anwendung der Begriffe: „verblüdete“ und „interalliierte Ruhrbesetzung“ heißt es doch mit dem ehrwürdigen Wort Gottesfriedens Schindluder treiben, wenn das Pariser halbamtliche Blatt einschränkt fortführt: Nach den sechs Monaten des aggressiven (?) Widerstands müßten aber 200 beehalte gemacht werden. Erstens müßte bei der Erregung der Bevölkerung des Ruhrgebietes das französisch-belgische Oberkommando ermächtigt bleiben, alle Schutzmaßnahmen zu verfügen, die durch die Ereignisse notwendig werden könnten. Zweitens müßte die „Abstellung des deutschen Widerstands eine Reihe von Vorbeugungsmaßnahmen erfordern.“ Man kann sich lebhaft vorstellen, auf welche Schutzmaßnahmen und Vorbeugungsmaßnahmen die französisch-belgischen Horden verfallen, um einen „Gottesfrieden“ herzustellen, wie sie ihn verstehen. Die Maßnahmen wären nichts anderes als die von Poincaré angebrohen weiteren Sanktionen, als Zugabe würde noch eine Reihe von Todesurteilen und Belagerungszuständen.

Der französische Lohvogel, der das Wort Gottesfriede so hochheilig hält, hat offenbar auf den britischen Außenminister keinen Eindruck gemacht. Lord Curzon ließ nämlich der französischen Botschaft in London einen Fragebogen überreichen, in der alle Gesichtspunkte der Entschädigungsfrage und des Ruhrkampfes aufgezählt werden. Über die England eine genaue Darlegung der französischen Ansichten zu erhalten wünscht. Der erste Punkt aber lautet: Eine genaue Umschreibung dessen, was in Frankreich unter dem Begriff des passiven Widerstands verstanden wird. Nach den eingangs genannten halbamtlichen Gottesfriedensvorschlügen von französischer Seite kann Poincaré in seiner bereits angeforderten Antwort auf die englischen Fragen unmöglich mehr auf der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands bestehen. Der Pariser Berichterstatter der Londoner „Times“, hinter dem niemand anders steht, als der englische Botschafter in Paris, läßt in seinen letzten Meldungen deutlich durchblicken, daß man beiderseits auf die Durchsetzung mit dem Bruch der Entente verzichte. Weder Frankreich noch England wünschen die Verhandlungen abzubringen. Man hat sich gegenseitig doch allzu sehr nötig. England wird sich nicht unter den Willen Frankreichs beugen und Frankreich wird mehrere Pfunde zurückstehen müssen. Das Ende vom Lied wird ein Vergleich sein, der schließlich, wie die Londoner „Morningpost“ antwortet, vielmehr zu einer persönlichen Aussprache zwischen Baldwin und Poincaré führen wird. Es bleibt aber die Tatsache bestehen, daß das englisch-französische Abkommen eine Rechnung sein wird, die ohne die — deutsche Ruhrbesetzung gemacht ist. Das deutsche Volk an der Ruhr und nicht die Berliner Regierung wird maßgebend sein. Und weder Waffenstillstand noch Gottesfrieden wird zustande kommen ohne die engste vertragliche Verknüpfung von deutschem Widerstandswort und französisch-belgischer Räumung des Einbruchgebietes.

Daß das verlogene Schlagwort des „Gottesfriedens“ nichts als ein Täuschungsmittel ist, wie zuvor die Schlagworte der Entwaffnung, die Auflösung der Einnehmer, der „Erfüllung“, der Sicherheit Frankreichs und der Kapitulation, darüber kann doch nirgends mehr ein Zweifel bestehen. In Deutschland ist man bisher auf die Pariser Schlagworte hereingefallen und auch in London hat man sich anscheinend betören lassen oder ihnen doch nachgegeben. An dem frechsten: der Kapitulation und an dem heuchlerischsten: dem Gottesfrieden wird die schreckliche Schlagwortpolitik hoffentlich nun ihre endgültige Schronke finden. D. Schriftl.

Vom Ruhrkrieg

Deutsche Einspruchsnote an die Welt

Berlin, 17. Juni. Die deutschen diplomatischen Vertreter in London, Madrid, Rom, Washington, Moskau, im Haag, Bern, Stockholm, Christiania, Kopenhagen, Riga und Warschau sind beauftragt worden, den Regierungen eine Einspruchsnote gegen die fortgesetzten und sich steigenden Gewalttaten der Franzosen gegen die Bevölkerung trotz der in den letzten Notizen betandenen deutschen Verhandlungsbereitschaft zu übergeben. Besonders wird auf die neuesten Morde in Dortmund und Reddinghausen und auf das Todesurteil gegen den Landwirtschaftslehrer Görge wegen angeblicher Betriebsstörung hingewiesen, die verübt wurden zu einer Zeit, da die französische Regierung von der Bevölkerung der besetzten Gebiete die Einstellung des aktiven Widerstands verlangt. Dieses Vorgehen der Franzosen mache alle Bemühungen der deutschen Regierung, beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken, hinfällig. Alle deutschen Vorschläge, den Sachverhalt jeweils durch internationale Kommissionen untersuchen zu lassen, habe die französische Regierung unbeantwortet gelassen. Die Verantwortung für die Folgen falle auf die französische Regierung. — In einer Anlage werden die verschiedenen Vorfälle näher dargelegt.



Der Regierungspräsident von Münster hat gegen die in erschreckendem Maß sich häufenden Sittlichkeitsverbrechen durch Angehörige des französisch-belgischen Besatzungsheers beim französischen Oberbefehlshaber Einspruch erhoben unter Befugung einer endlosen Liste dieser Verbrechen.

Die Beerdigung der Dortmunder Todesopfer

Dortmund, 17. Juni. Am Freitag nachmittag fand die Beerdigung der in der Sonntagnacht von den Franzosen ermordeten sechs Dortmunder Bürger statt. Alle Geschäfte und Wirtschaften der Stadt waren geschlossen. In den Straßen durch die der Leichenzug kam, bildeten etwa 150 000 Personen Reihen. Hinter den 6 Särgen schritten die evangelischen und katholischen Geistlichen und die Angehörigen der Ermordeten, alle Behörden, Berufe und Vereine waren in dem Trauerzug vertreten, dessen Vorbeimarsch dreiviertel Stunden dauerte. 10 Musikkapellen spielten Trauermusik, alle Klöster sämtlicher Kirchen der Stadt läuteten. Der Reichsfanzler ließ an den Gräbern 6 Kränze niederlegen und durch den Oberpräsidenten in Münster den Angehörigen der niedergemetzelten Brüder die herzlichste Teilnahme der Reichsregierung zum Ausdruck bringen. Auch diese neue entschliche Mitleid werde den Widerstandswillen nicht brechen, sondern die westfälischen Brüder immer mehr stärken und mit dem ganzen deutschen Volk zur entschlossenen und unerlöschlichen Einmütigkeit gegen die französischen Gewalttätigkeiten vereinen.

Durch die Besetzung aller Bahnhöfe in Dortmund ist die Stadt und das ganze Ruhrgebiet vom Verkehr nach außen nummehr ganz abgeschnitten. Es macht sich große Nahrungsmittelknappheit bemerkbar. Butter und Eier waren auf dem Markt nicht mehr zu haben.

Das Neue — Milliardenstrafen

Werden a. R., 17. Juni. Vor dem französischen Kriegsgericht wurde gegen die Leiter der „Gute Hoffnungshütte“, des Rombacher Hüttenwerks Concordia und der Adlerwerke in Ruppelrath verhandelt, weil sie der Befehl, die eingefüllte Kohlen- und Kokslieferung wieder aufzunehmen, nicht befolgt hätten. (Die Belagerung war nach der Verordnung der Reichsregierung verboten.) Das Urteil lautete gegen Direktor Hermann Kellermann auf 5 Jahre Gefängnis und 178 Milliarden Reichsmark Strafe (der doppelte Wert der nicht gelieferten Kohlen), gegen Direktor Wilhelm Folke auf 5 Jahre Gefängnis 43 Milliarden Reichsmark Strafe, gegen den Proturisten Peter Friedmann 57 Milliarden Reichsmark Strafe.

Bombenanschlag gegen einen D-Zug

Frankfurt a. M., 17. Juni. Nach französischen Berichten wurde am Donnerstagabend bei Budenheim ein Bombenanschlag gegen den D-Zug Paris—Wiesbaden ausgeführt. Ein französischer Soldat soll getötet, mehrere Personen verletzt sein.

Nach Meldungen aus Luxemburg sollen bei dem Zusammenstoß der Franzosenzüge auf der Strecke Bingen—Kreuznach 30 Personen getötet und etwa 40 verletzt worden sein. Vom 6. bis 11. Juni hat die Rheinlandkommission 682 Eisenbahnwagen und 65 Beamte ausgewiesen.

Der vierte Bürgermeister von Pirmasens (die ersten drei sind schon lange eingesperrt) Bollmaringer, und 5 Stadträte wurden ausgewiesen, weil die Stadt die Ordonnanz 162 (Befehl zur Ueberwachung der Bahnübergänge) nicht befolgt habe. Bei Pirmasens war ein Fuhrwerk von einem Franzosenzug überfahren worden.

Das Postamt in Pirmasens (Pfalz) wurde besetzt und die Brief- und Paketpost beschlagnahmt.

Neue Nachrichten

Vom Reichstag

Berlin, 17. Juni. Der Reichstag trat gestern in die Beratung der Vorlage betr. die Erhöhung der Bezüge der Ministerpräsidenten und Kriegsopfer ein, wodurch die Gesamtausgabe für diesen Zweck rund 3 Billionen Mark erreichen wird. Den Schwerbeschädigten sollen Zulagenrenten gewährt und die Steuerzulagen denen der Beamten angepasst werden. Die Renten im ganzen sollen fortan im Verhältnis zu den Beamteneinkünften steigen. Reichsarbeitsminister Braun wies darauf hin, daß die Kriegsrentner künftig 93 v. H. des untersten Beamtengehalts beziehen werden.

Die Bürgerschaft der Landwirtschaft

Berlin, 17. Juni. Reichslandbund und Deutsche Bauernvereine haben dem Reichskanzler in einer Denkschrift die Bereitwilligkeit der Deutschen Landwirtschaft ausgesprochen, an der Bürgerschaft der deutschen Wirtschaft von 500 Millionen Goldmark für das Entschädigungsangebot den angemessenen Anteil, sei es durch eine allgem. Steuer oder unmittelbar zu übernehmen und den Anteil durch erstellbare Hypotheken zu verbürgen. Dabei müsse aber der Landwirtschaft wirtschaftspolitisch die volle Freiheit gegeben werden, die Erzeugung ungehemmt zu entfalten.

Neue Verhandlungen über Schiffs- und Lohnregelung

Berlin, 17. Juni. Nachdem erst in dieser Woche die Bezüge der Reichsbeamten und Arbeiter geregelt waren, fanden gestern im Reichsfinanzministerium schon wieder neue Verhandlungen mit den Vertretern der Bundesstaaten statt. Am Montag werden die Verhandlungen mit den Vertretern der Verbände beginnen.

Vertrauensabstimmung für Poincaré

Paris, 17. Juni. In der Kammer richteten die Kadetten heftige Angriffe gegen die innere Politik der Regierung. Ministerpräsident Poincaré erwiderte, die Regierung folgte der Presse- und Meinungsfreiheit keiner Partei an, aber sie dulde keine Gewalttätigkeiten, weder von Kommunisten noch von der Partei der Königstreuen noch von einer anderen Partei. Poincaré stellte die Vertrauensfrage. Mit 375 gegen 207 Stimmen wurde der Regierung das Vertrauen der Kammer ausgesprochen. Die erregte Sitzung dauerte bis 3 Uhr morgens.

Stambuliski erschossen

Sofia, 17. Juni. Der frühere Ministerpräsident Stambuliski wurde in einem Dorf bei Stawowka (seiner Wohnstätte) getötet und verhaftet. Er sollte in einem Kraftwagen nach

Sofia geführt werden. Untermwegs wurde der Wagen von bewaffneten Bauern angegriffen. Stambuliski suchte zu entfliehen und wurde dabei erschossen.

Eine bulgarische Abordnung begibt sich nach London, um der britischen Regierung die bulgarische Politik darzulegen.

Württemberg

Stuttgart, 17. Juni. Vom Rathaus. Trotz der Erhöhung der Hundsteuer und der hohen Hundepreise ist die Zahl der Hunde in Stuttgart ständig gewachsen. Der Gemeinderat beschloß, künftig für den ersten Hund eine Steuer von 50 000 (bisher 10 000) Mark, für den zweiten 75 000 (15 000) und für jeden dritten und weiteren Hund eines Besitzers 100 000 (20 000) Mark Steuer zu erheben.

Stuttgart, 17. Juni. Brotpreiserhöhung. Der Preis für ein markenfrieses Roggenbrot wurde in Stuttgart von 3500 auf 4300 Mark, für Weizenbrot von 4000 auf 5000 Mark das Kilo, für ein Paar Weiden von 400 auf 500 Mark erhöht.

Bierpreiserhöhung. Die Brauereien haben den Bierpreis neuerdings erhöht. In den Stuttgarter Gastwirtschaften kostet demnach 10prozentiges Lagerbier 0,3 Liter 650 Mark, Flaschenbier 0,5 Liter im Wiederverkauf über die Straße 850 Mark, 0,7 Liter 1300 Mark. Spezialbier 0,3 Liter 800 Mark, in 0,6 Literflaschen 1400 Mark.

Für das Waldriedelhofdenmal gingen bei einer Heeresfeier der hiesigen Bismarck-Jugend im Oberen Museum 271 712 Mark ein.

Wieder eine Geldscheinverwechslung. Einem Stuttgarter Straßenbahnkassierer ist wieder das Mißgeschick begegnet, daß er einem Fahrgast auf einen empfangenen 5000-Markschein für 50 000 „K“ herausgab.

Erschoten. Der 58jährige Maschinist W. Rothfuß von Dagersheim geriet in der Nacht zum Freitag in der Eberhardstraße mit dem 24jährigen Rehger Adolf Bürkle in Streit und ließ ihm das Messer ins Herz. Rothfuß ist wegen Rohheitsvergehen mehrfach vorbestraft.

Lebensmüde. In Cannstatt stürzte sich ein 18jähriger Bankkassierer in der Bismarckstraße vom 3. Stock durch das Fenster auf die Straße. Er war sofort tot.

Waldlingen, 16. Juni. Guter Fang. In einer hiesigen Fabrik wurde ein gewisser Peter Maurer von Walsingen (Baden) festgenommen, der neben Sittlichkeitsverbrechen einen umfangreichen Diebstahl im Betrag von über 3 Millionen Mark auf dem Kerbholz hat.

Heilbronn, 17. Juni. Ein gefährlicher Einbrecher wurde in der Person des 33jährigen Schuhmachers Gotthilf Korb von Cleverfußbad, eines schwer vorbestraften Menschen, verhaftet. Kaum aus dem Zuchthaus entlassen, verübte er in der Gegend von Weinsberg verschiedene schwere Einbrüche. Im Bedershof bei Löwenstein fielen ihm Gold- und Silberfachen im Wert von 10 Millionen in die Hände. Die Gegenstände sind wieder beigebracht. Mit Korb wurden mehrere Fehler verhaftet.

Rottweil, 16. Juni. Bei einem Streit verfehlte ein Messer, bei einem Hausgenossen sieben Stiche, die zum Glück nicht lebensgefährlich sind. Während der Inhaber eines Schuhgeschäftes dem Verletzten Hilfe leistete, wurde ihm eine Million Bargeld gestohlen. — Durch einen unglücklichen Fall mit der Jagdflinte schoß sich der 17jährige Sohn des Reiters der Trübsuchtsanstalt Rottweil, O. v. Schwan in Arm und Brust, daß er an den Folgen dieser Verletzungen gestorben ist.

Calw. Oberleitend: Haug beim hiesigen Oberamt erhielt die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 18 Juni 1923.

Das Ergebnis der Stadtdorstandswahl ist folgendes: Wahlberechtigte 2242, abgegebene Stimmen: 1487 = 66,32%. Der bisherige Amtsinhaber, Stadtschultheiß Mater, erhielt davon 1460 St. = 65,12%, gesplittert (nicht ernstzuwählende) und ungültige Stimmen, welche Partei, leere Umschläge 27. In den ersten 30 Stimmen zählte unsere rühmliche Stadtkapelle, die dem wiedergewählten Stadtdorstand am Samstagabend vor seiner Wohnung ein Sünderchen brachte. Vor versammeltem Gemeinderat und sämtlichen Räte, Beamten und Bediensteten, sowie einer großen Anzahl Wähler gab nach 9 Uhr der Stellvertreter des Stadtdorstands, Gemeinderat Rädger, unter den Arkaden des Rathauses das Wahlergebnis bekannt, zugleich die Glückwünsche des Gemeinderats zum Ausdruck bringend. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Wiedergewählten bekräftigten die zahlreich Anwesenden diese Gratulation. Stadtschultheiß Mater dankte dafür mit bewegten Worten, dabei betenend, wie gerne er in den verflochtenen 10 Jahren mit dem Gemeinderat gearbeitet habe und wenn es manchmal auch heftige Stürme und Meinungsverschiedenheiten gegeben habe, immer sei man wieder zur Einigkeit gekommen, niemals sei die Brücke abgebrochen worden und niemals sei zwischen ihm und dem Kollegium eine Dissonanz zurückgeblieben; auch bei der Einwohnerschaft habe er im allgemeinen viel Entgegenkommen und Verständnis gefunden, er habe sich deshalb auch gerne entschlossen, sich zur Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Seine ganze Kraft wolle er auch künftighin dem Dienst der Stadt Ragold und ihrer einzelnen Bürger widmen, er bitte aber, ihn bei seinen Aufgaben, die in der Zukunft angesichts der großen Not, in der wir Deutsche uns befinden, noch schwerer zu werden drohen, allseitig unterstützen zu wollen. Sein 10jähriges Dienstjahr habe ihn mit Frau bodenständig gemacht. Ragold sei ihnen beiden eine liebe Heimat geworden. Ein vom Herrn Stadtdorstand angeführtes Zitat aus „Goths, aus meinem Leben“ mag hier Erwähnung finden: „Wie von unsichtbaren Feindern gepöbelte, gehen die Sonnenpferde der Zeit mit unfers Schicksals leichtem Wagen durch, und uns bleibt nichts, als mützig zuzusehen, die Bügel festzuhalten und bald rechts, bald links vom Steine hier, vom Sturze da, die Räder abzulenkten. Wohin es geht, wer weiß es? — Mit dem Mut in der Brust, sich als Deutscher nicht selbst aufzugeben, wollen wir, so sprach der vom erneuten Vertrauen aller politischen Parteien getragene Mann der ruhm und würdig, dem Ernst der Zeit entsprechend vertrauensvoll, die zuversichtliche Hoffnung aus, daß dereinst auch wieder, so Gott will, bessere Zeiten für uns anbrechen werden. Des Herrn Stadtdorstands Einladung, mit ihm einzustimmen in

ein Hoch auf unsere geliebte Heimat und unser deutsches Vaterland (and kausenden Wiederhall. Im Rahmen der Räte, Beamten und Angestellten den Herrn Stadtdorstand zu seiner Wiederwahl aufs herzlichste. In seiner Ansprache sagte er, es möchte dem verehrten Stadtdorstand immerdar eine rühmliche Befundheit beschieden sein, um recht viele Jahre sein schönes aber verantwortungsvolles Amt zu Ruh und Frommen unserer Stadt und seiner Einwohner wie bisher ausüben zu können; gerne erneuern die Räte, Beamten und Angestellten das Treuegelübde, auch inständig mit Rücksicht, Bewusstheit und Unparteilichkeit ihre Obliegenheiten erfüllen zu wollen, um damit zugleich ihren Stadtstand bei seinen schweren Aufgaben zu unterstützen; er gestalte sich aber auch die Bitte an das Oberhaupt zu richten, den ihm unterstellten Beamten und Angestellten, wo es nötig ist, Schutz und Wohlwollen angedeihen zu lassen. Treue um Treue! — Der Herr Stadtdorstand dankte hierauf seinen Mitarbeitern und allen Angestellten, denen Allen ausnahmslos er für ihre warmen Dienste seine volle Anerkennung ausspreche. Diese Rede habe es ihm erleichtert, sich zur Wiederwahl zu stellen; er hoffe, daß auch künftighin das schöne Verhältnis zwischen ihm und seinen Mitarbeitern und allen Angestellten bestehen bleibe. — Unter den Klängen der Stadtkapelle fanden die weitbesetzten Huldigungen vor und im Rathaus ihren Abschluß. Der „Gesellschaft“ schloß sich all den ausgesprochenen Glückwünschen an. Möge die dankbare Wirklichkeit unseres wünschenswerten Stadtdorstands eine ersprechliche und geeignete sein!

Erwerbsloosenfürsorge. Der Reichsrat hat einer Vorlage zugestimmt, daß in besonders eiligen Fällen von den Landesbehörden mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Warteliste für den Bezug der Fürsorge auf drei Tage abgeklärt werden kann.

Neue Erhöhung der Eisenbahngebühren sind zum letzten Mal am 1. Juni erhöht bzw. verdoppelt worden, und stehen wieder eine neue Erhöhung in Sicht. Wie der „Tag“ erfährt, wird zurzeit eine neue Steigerung der Tarife im Reichsverkehrsministerium beraten, die so zeitig einzutreten soll, daß sie noch für die Sommerreisezeit wirksam wird. Bei den Fahrpreisen mit 60jähriger Gültigkeit sollen die noch nicht abgelaufenen Karten der Nachzahlung unterliegen, eine Neuerung von fraglicher Rechtsgültigkeit, die allerdings auch einige Straßenbahnen eingeführt haben.

Auch den Posttarifen, die am 1. Juli mit der Telegrammgebühren verknüpft werden sollen, wird schon eine neue Steigerung. Die Reichspostverwaltung hat einen Fehlbetrag von 4 bis 5 Billionen Mark, der durch die Gebührenerhöhung vom 1. Juli nicht einmal zur Hälfte gedeckt wird.

Verbefähigende Hypotheken. Nach dem vom Reichsrat angenommenen Gesetz können künftig Hypotheken auch in Steinkohle, Koggen und Weizen zugelassen werden. In Reichsregierung ist es vorbehalten, weitere Wertmesser im Gold, Silberrufen usw. zuzulassen. Die Landesregierungen können bestimmen, daß in einzelnen Staaten bestimmte an sich zulässige Wertmesser nicht gewährt werden dürfen.

Die Brieftelegraphen werden am 1. Juli wieder eingeführt. Für diese Telegraphen ist die Hälfte der Grund- und Betriebsgebühren zu bezahlen. Sie werden in der verkehrsreichen Zeit befördert und am Bestimmungsort wie gewöhnliche Briefe ausgetragen.

Die Ansichtskarte. Bei der Beratung der Postgebührenerhöhung hat der Verkehrsminister vorgeschlagen, die jetzt noch bestehende Portovergünstigung für Ansichtskarten, setzen sie nicht mehr als fünf Grundworte enthalten, wogegen zu lösen eine Entscheidung ist noch nicht getroffen, doch hat die Kartenindustrie, die infolge der fortwährenden Portoverhöhmung kaum mehr ein Zwanzigstel des Vorkriegsbedarfs im Land absetzt, sich auf das Auslandsgeschäft einzustellen zu können.

Die Umfassener wird beim bisherigen Satz von 2 Prozent bleiben. Eine Forderung des Reichsfinanzministers ist auf 2 1/2 Prozent zu erhöhen, wurde vom Steueraussschuß des Reichstags abgelehnt. Von dem Steuerertrag sollen die Gemeinden 15 Prozent (statt bisher 5 Prozent), die Kreise 10 Prozent erhalten. — Nebenbei bemerkt, hat der Ausschuss auch die Steuer auf Fahrdräger abgelehnt, während Motorräder besteuert werden.

Keine Viehsteuer. Der Steueraussschuß des Reichstags hat die von der Reichsregierung geplante Viehsteuer aus dem Gesetzentwurf gestrichen. Ueberhaupt sollen keine neuen Steuern auf landwirtschaftliche Betriebsmittel gelegt werden. Das Weinsteuergesetz wird nach dem Beschluß des Steueraussschusses des Reichstags vorläufig bis 1. November d. J. in Kraft bleiben.

Erhöhung der Anzeigensteuer. Nach einer vom Steueraussschuß des Reichstags beschlossenen Abänderung des Art. 27 des Umfassenergesetzes wird die Anzeigensteuer für Zeitungen und Zeitschriften auf 0,5 Prozent ermäßigt, wenn die Einnahmen aus Anzeigen innerhalb eines Kalenderjahres 10 Millionen Mark nicht übersteigt. Die Steuer erhöht sich auf 1 Prozent von den nächsten Millionen Einnahmen auf 1,5 Prozent bei weiteren 10 Millionen und auf 2 Prozent bei höheren Beträgen. Erscheinen in einem Verlag mehrere Zeitungen oder Zeitschriften, so ist jede für sich zu behandeln.

Halberbach. Sitzung des Gemeinderats vom 14. Juni. In heutiger Sitzung war als erster Punkt der Tagesordnung die Erwerbung einer Wiese im Tal zur Veranschaulichung des für einen Turnhallebau vorgesehenen Bauplatzes zu erledigen. Im Ausschuss hat die Gemeinde nummehr die zwischen zwei im Gemeindegut bereits stehenden Wiesen liegende Fläche — allerdings nicht ohne Opfer der Stadt — erworben. Es steht der Stadtgemeinde nummehr eine arandierte Fläche von ca 80 Ar für genannten Zweck zur Verfügung und es ist zu hoffen, daß sobald die Verhältnisse es erlauben, eine zur Freude unserer Stadt und vor allem der Erleichterung unserer Jugend dienende Turnhalle erbaut werden möge. — Das zum Verkauf kommende Langholz wird auf Angebot des Bezirksvereins Sägewerkes von hier und Umgebung um 1615% überlassen. Von dem Ertrags soll ein Teil für längere Zeit (bis zur Jahresabschlussnahme) zu höherem Prozentsatz vorzüglich angelegt werden. — Für Baumzweige sollen je ein bis zwei Waggon Holzgeld bzw. Schlackenströme befreit werden. Ferner will der Gemeinderat der Anschaffung eines Arieurs, eines Arieurers und einer Ackermühle nach Vorliegen von Offerten überstehen. Die Erneuerung des äußeren Anstrichs und Ver-

Ämtliche Bekanntmachung.

Der Vieh- und Krämermarkt in Herrenberg am Mittwoch den 20. d. Mts. wird unter den allgemeinen Bedingungen abgehalten.
Nagold, den 16. Juni 1923.
1596 Oberamt: Müng.

Bekanntmachung

Ergebnisses der Ortsvorsteherwahl.

Bei der am 16. Juni 1923 vorgenommenen Neuwahl des Ortsvorstehers haben von 2241 Wahlberechtigten 1487 abgestimmt.
Dessan erhielten Stimmen:
Stadtschultheiß Maier 1460
leere und gespaltene Stimmzettel waren 27
Maier gilt daher als wiedergewählt.
Nagold, den 16. Juni 1923.
1607 Stadtschulth.-Amt:
F. B.: Wirt. gr. Ridger.

Ämtlicher Taschenfahrplan

für Württemberg, Hohenzollern und die wichtigsten Anschlußstrecken der benachbarten Länder mit Uebersichtsfahrplan der Kraftwagenlinien und Postfahrplan Sommerdienst 1923. Gültig vom 1. Juni an.
Vorrätig bei
Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Verlaufen

hat sich mein deutscher



Schäferhund,
beller Kopf und dunkler Rücken.
1605
Abzugeben gegen Belohnung u. Futtergeld im
Elektrizitätswerk
Nagold.

Heim

Sammlung von Volks-
gesängen für Männerchor
Stets vorrätig bei
Buchhandlung Zaiser

Klavier- u. Harmoniumstimmer

kommt nach dort. Auf-
träge schickt sofort an:
die Geschäftsst. d. Blattes.
Willy Sattler
Klavier- u. Harmonium-
Stimmer
1179
Pforzheim
Gellertstr. 18. Tel. 1216.

Der große

**Wand-
Fahrplan**
mit den
Abfahrtszeiten
zu haben bei
Buchhdlg. Zaiser.

**Papier-
Holz,**

Buchen- u. Tannen-
Brennholz, sowie
Bauhölzer
kauft gegen sofortige
Kasse 1599
Fritz Burgbacher
Holzhandlung
Freudenstadt
Telef. 103, Telegr. Burgbacher.

Der Kleinfiedler

sein eigener Baumeister und Handwerker.
Mit 240 Abbildungen.



Inhalt: Material u.
techn. Grundlagen für
den Bau von Bänken
u. f. w. Entwürfe zu
Gartenhäusern u. Ban-
ken Einfriedigungen.
Holzarchitekturen.
Ruhbänken, Lagerbän-
ke, Stallungen, Selbst-
bau gegen Diebstahl.
Wasser- u. Gasleitung.
Brunnenbau.

Zu beziehen durch
Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Danksagung.

Meinen lieben Mitbürgern und Mitbürgerinnen-
danke ich von Herzen für das mir erneut geschenkte ein-
mütige Vertrauen und die Anerkennung meiner bishe-
rigen Tätigkeit.

Neu gestärkt und mit neuem Mut will ich mit
Gottes Hilfe auch fernerhin meine ganze Kraft zum
Wohl unserer lieben Stadt und ihrer Glieder nach
bestem Wissen und Gewissen einsetzen. 1606

Nagold, 17. Juni 1923.

Stadtschulth. Maier.

Mode und Wäsche

Illustrierte Zeitschrift mit Schnittmusterbogen
für die praktischen Interessen der Frauenwelt
Probenummern kostenlos.

Bestellungen nimmt jederzeit entgegen

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Motorrad

neu od. wenig geb., nur erstes Fabr.
mit mindest. 3 P. S. oder ein
2-4 stiges

Kleinauto

bek. Marke, neueres Modell aus Privat-
hand zu kaufen gesucht. Phantasie-
preise zwecklos.

Louis Schleeh

Ausführ. Angebote an
Tel 27
1598 Freudenstadt.

**Die
G. W. Zaiser'sche Buchhandlung
Nagold**

liefert Ihnen
Wanderkarten und Reiseführer
von der Alb, dem Schwarzwald, Bodensee, Rhein
und dem Hochgebirge.

Gute Karten für Radfahrer und Automobile.
Führt die Karten des Statistischen Landesamts
in den Maßstäben 1:25 000, 1:50 000 u. 1:100 000.

**Bädeckers Reiseführer
und Karten der ganzen Erde.**

Eschhausen.
Im Auftrag einen
wenig getragenen blauen

Anzug

preiswert zu verkaufen.
1597 Gg. Hesse
Schneidemeister.

Nagold.
**3-4 tüchtige
Maurer**

finden sofort Beschäf-
tigung bei 1602
Ferd. Weimer
Maurermeister.

**Beste
Schreib- u. Copiertinte**

farbige Tinte, Tusche
Füllfeder- u. Wäschezeichentinte
Stempelkissen, Stempelfarbe
violett, schwarz und rot
empfiehlt

G. W. Zaiser, Schreibwarenhandlung.

**Tüchtiger
Jungschmied**

kann sofort einrücken
bei 1600
Fr. Brezing
Schmiedemeister, Nagold.

Alle Farben, Lacke,
Öle, Pinsel, Mattie-
rungen, Polituren,
Beizen, Leim, Glas-
papier, usw. kaufen
Sie am besten im
Spezialgeschäft bei
K. Ungerer
1520 Nagold
Telefon Nr. 4

Wilhelm H. Rücker & Cie.
Baden-Baden
Telefon 784
Knochen-Leim
Misch-Leim
Leder-Leim
Schellack 051

**Anna Müller
Karl Seeger**

grüßen als Verlobte

Fürfeld (Rheinheffen) Rohrdorf
Rohrdorf bei Nagold bei Nagold

Juni 1923.

Deutscher Holzarbeiterverband

Verwaltungsstelle Nagold.

Am Dienstag, den 19. Juni, abends 7 Uhr

Mitgliederversammlung

im Lokal zum Stern

Tagesordnung: Lohnbewegung. Verschiedenes.

Alles pünktlich erscheinen. Ref. R. Fr.

1601 Die Ortsverwaltung.

1603 Nagold, den 18. Juni 1923.



Danksagung.

Allen denen, die uns während der langen
Krankheit und beim Gelingen unserer lieben
unvergesslichen Gattin und Mutter

Marie Schittenhelm

geb. Walter
sowie Liebe und Teilnahme erwiesen haben,
sagen wir auf diesem Wege ein herzliches
„Bergelt Gott“.
Der tiefgedeuhte Gatte:
Gottlieb Schittenhelm, Bäckermeister,
mit Kindern.

Widdberg.

Neu! Billig!

Hartstucksärge.

Die Fabrikation von Hartstucksärgen,
die weit billiger als Holz- oder Pappesärge
sind, habe ich für den Bezirk Nagold er-
worben. Muster sind stets auf Lager und
empfehle ich im Bedarfsfall zur sofortigen
Lieferung. 991

Eugen Koller

Maler- und Gipfergeschäft.

Die Postbezieher

des „Gesellschafter“, die das Blatt nur für den Monat Juni bestellt
haben, sowie neu hinzutretende Abonnenten werden gebeten, die
Bestellung für den Monat Juli auf untenstehendem Bezugsschein sofort
zu erneuern.

An das Unfrankiert
in den nächsten
Briefkasten
werfen.

Ich bestelle hiemit die
Nagolder Tageszeitung
„Der Gesellschafter“
für den Monat Juli
und bitte, den Bezugspreis durch den
Briefträger bei mir erheben zu lassen.

Name: _____
Wohnort _____
Straße u. Hausnummer _____

Postamt

